

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13, Referat Naturschutz
z.H. Mag. Eva Stehlik-Trixl
Stempfergasse 7
A-8010 Graz
Per Email: naturschutz@stmk.gv.at

Herrengasse 13
A-8010 Graz
Tel.: 0316/825 325
stmk@landforstbetriebe.at
ZVR 986528670

Graz, 29. April 2026

Betreff: Entwurf „Biber- Verordnung 1. VO 2026“, Begutachtung

Die Land&Forst Betriebe Steiermark bedanken sich für die Möglichkeit zu diesem für uns sehr wichtigen Thema Biber eine Stellungnahme abgeben zu können und zeigen folgende Punkte des Entwurfes auf:

1) § 1 „Ziele und Geltungsbereich der Ausnahmen“

Der vorgesehene Geltungsbereich der Verordnung ist in wesentlichen Punkten unzureichend. Insbesondere werden sämtliche Naturschutzgebiete pauschal sowie in erheblichem Umfang Europaschutzgebiete, darunter insbesondere jene mit dem Biber als Schutzgut sowie weitere ausdrücklich genannte Gebiete, vom Anwendungsbereich ausgenommen.

Diese undifferenzierte und weitreichende Ausnahme bewirkt eine erhebliche Einschränkung der Wirksamkeit der Verordnung und entzieht ihr gerade in typischerweise konfliktträchtigen Regionen weitgehend die praktische Relevanz. Eine effektive Steuerung bzw. Reduktion von Nutzungskonflikten wird dadurch insbesondere in jenen Gebieten verhindert, in denen diese regelmäßig und mit erhöhter Intensität auftreten.

Seitens der Land&Forst Betriebe Steiermark wird daher nachdrücklich gefordert, den pauschalen Ausschluss vom Geltungsbereich ersatzlos zu streichen. Ein derart umfassender Ausschluss ist insbesondere bei Vorliegen eines günstigen Erhaltungszustandes der Biberpopulation sachlich nicht gerechtfertigt. Zudem ist fachlich nicht nachvollziehbar, dass selbst niederschwellige Maßnahmen, insbesondere Präventionsmaßnahmen, in diesen Gebieten unzulässig sein sollen.

In der vorliegenden Ausgestaltung bleibt die Regelung somit gerade dort wirkungslos, wo sie am dringendsten erforderlich wäre, und es entsteht eine weitere Verordnung ohne entsprechenden Anwendungsbereich. In Zeiten einer Deregulierungsoffensive definitiv ein falsches Zeichen.

2) §§ 3, 4 „Präventionsmaßnahmen bzw. Eingriffe in den Biberlebensraum“

Die Regelungen der §§3 und 4 begründen unverhältnismäßige Vollzugshürden und verhindern eine zeitnahe und effektive Konfliktbewältigung. Die Bestimmungen sind überdies unnötig komplex und teilweise widersprüchlich, zumal selbst niederschwellige Maßnahmen faktisch vorgelagerte sachverständige Prüfungen erfordern (beispielsweise im Hinblick auf die Abgrenzung von Haupt- und Nebendämmen).

Die Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung werden dabei nicht angemessen berücksichtigt. Erforderlich sind klare, praxistaugliche Regelungen, die insbesondere die Vermeidung und Abwehr von Schäden ausdrücklich gewährleisten.

Zudem ist sicherzustellen, dass erforderliche Präventionsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die in den Erläuterungen angesprochenen Fördermöglichkeiten sind unzureichend und werden dem öffentlichen Interesse an der Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes der Biberpopulation nicht gerecht.

3) §§ 5, 6 „Eingriffe in die Biberpopulation“ bzw. „Kontingentierung“

Der Entwurf verlangt, dass eine Erlegung bzw. Entnahme eines Bibers nur unter folgenden Voraussetzungen erfolgen darf:

- im Zeitraum vom 1. September bis 31. März und
- wenn seitens eines Amtssachverständigen für Naturschutz festgestellt wird, dass sowohl geeignete Präventionsmaßnahmen als auch geeignete Eingriffe in den Biberlebensraum wirkungslos geblieben sind sowie
- ist die zahlenmäßige Entnahme auf 84 Biber pro Kalenderjahr begrenzt.

Diese Voraussetzungen sind unverhältnismäßig restriktiv und praxisfern. Es wird daher gefordert, dass eine Entnahme im Rahmen des festgelegten Kontingents ohne vorgelagerte Begutachtung durch einen Amtssachverständigen sowie ohne verpflichtende Ausschöpfung „gelinderer“ Mittel zulässig ist. Eine derartige Einschränkung ist bei nachweislich günstigem Erhaltungszustand und positivem Bestandstrend fachlich nicht gerechtfertigt.

Zudem ist das Entnahmekontingent deutlich zu niedrig bemessen und folglich anzuheben. Die im Entwurf selbst herangezogenen Parameter (EB's: 4,5 % bzw. 9 % des Bestandes, entsprechen lediglich der Hälfte der Zuwachsrate) zeigen, dass eine Erhöhung bei gleichzeitiger Wahrung des günstigen Erhaltungszustandes ohne Weiteres möglich ist.

Ergänzend ist vorzusehen, dass Entnahmen über das Kontingent hinaus jedenfalls bei Gefahr im Verzug zulässig sind.

Zusammenfassend fordern die Land&Forst Betriebe Steiermark den vorliegenden Verordnungsentwurf grundlegend zu überarbeiten. Insbesondere sind der pauschale Ausschluss wesentlicher Gebiete vom Geltungsbereich ersatzlos zu streichen, die unverhältnismäßigen und praxisfernen Vollzugshürden in Bezug auf Präventionsmaßnahmen und Eingriffe deutlich zu reduzieren sowie klare, praxistaugliche Regelungen zur wirksamen Schadensabwehr sicherzustellen.

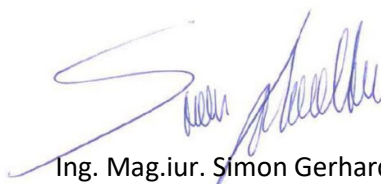
In der vorliegenden Form ist der Entwurf nicht geeignet, Nutzungskonflikte wirksam zu lösen, und daher klar abzulehnen.

Wir ersuchen eindringlich um Berücksichtigung obiger Punkte.

Mit freundlichen Grüßen



Carl Prinz von Croy
Land&Forst Betriebe Steiermark



Ing. Mag.iur. Simon Gerhardt
Geschäftsführer